

Rettet unsere Stadt im Grünen

Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd
Bürgerinitiative Bensberg-Südwest
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“
Bürgerinitiative Frankenforst West
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraath
Siedlergemeinschaft Lückeraath
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen von Bergisch Gladbach

Herrn Minister H. Voigtsberger

- **Persönlich** -

Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

26. September 2011

Landesstraßenbedarfsplan Priorisierungsliste 2011 NRW Vorhaben L 286 OU Bergisch Gladbach/Refrath

Sehr geehrter Herr Minister,

die offenbar aufgrund Ihrer Weisung kurzfristig vorgenommene Korrektur in der Priorisierungsliste auf „vorrangig planen“ stößt bei den hiesigen Bürgern-/Innen auf großes Unverständnis, da weder neue Sachargumente noch politisch-strategische Änderungen in der Zielsetzung der Landesregierung erkennbar sind.

Für uns ist das nur so zu erklären, dass Sie einem gerade geehrten Unternehmer seinen Traum vom eigenen Autobahnzubringer nicht zerstören möchten.

Das ist zwar menschlich verständlich, hat aber mit einer qualifizierten Landesstraßenbedarfsplanung nichts zu tun, zumal das Vorhaben selbst grob gegen die Zielsetzungen des § 3 des Landesstraßenausbau-gesetzes NRW verstößt. Dies haben wir detailliert seit über einem Jahrzehnt Ihrem Ministerium vermittelt.

Sie sollten wissen, dass diese Planung die größten Bürgerproteste, die Bergisch Gladbach in seiner Geschichte je hatte, ausgelöst hat und dass das Vorhaben nur durch Täuschungen bei der Beantragung in die Landesstraßenbedarfsplanung gelangen konnte. Alle Details hierzu haben wir nachgewiesen. Sie liegen Ihrem Ministerium seit langem vor.

Mit der Einstufung in „vorrangig planen“ unterstützen Sie ein Vorhaben,

- dessen Kostenplanung bei der Beantragung solange nach unten korrigiert wurde, bis ein passender Nutzen-/Kostenfaktor entstand, wozu auch die Trassenteilung erhalten mußte
- dessen Bezeichnungen „Landesstrasse“ und „Ortsumgehung“ nur als Hohn zu verstehen sind, weil die alte Bahntrasse mitten durch die Stadt und Wohn- und Erholungsgebiete führt,
- mit dessen Linienführung über den **nicht** stillgelegten Teil der Bahntrasse die intakte Schienenanbindung des Gewerbegebietes zum Bahnhof Bergisch Gladbach einfach ignoriert wird,
- das wegen vorhandener Anschlussdichte laut Aussage des Bundesverkehrsministerium keinerlei Aussicht auf Genehmigung eines Autobahnanschlusses hat und damit weder ein Autobahnzubringer noch eine Landesstrasse werden kann.

Übrig bleibt eine innerstädtische Straße zwischen dem intakten und betriebenen Teil der Bahntrasse am Gewerbegebiet und der L 136 (Kölner Straße) – der höchstbelasteten Straße der Stadt. Sie ist nur für das fordernde Unternehmen von Nutzen, verstößt eklatant gegen geltendes Recht, ist für die Stadt Bergisch Gladbach unfinanzierbar und widerspricht in höchstem Maß der Analyse in der bereits vorliegenden Umweltverträglichkeitsstudie.

Vor diesem Hintergrund erwarten die Bürger-/Innen, vertreten von 11 Bürgerinitiativen in Bergisch Gladbach, von Ihnen als Landesverkehrsminister die Herausnahme dieses Landesstraßenbau-Projekts aus der Landesstraßenbedarfsplanung. Eine Empfehlung an das besagte Unternehmen, die vor der Haustür liegende intakte Schienenanbindung zu nutzen, wie es das benachbarte Unternehmen seit langem macht und dabei 17.000 LKW-Ladungen jährlich spart, wäre sinnvoll.

Dem Wunsch nach einer Privatstraße auf der seit Jahrzehnten stillgelegten anderen Hälfte des Bahndamms jedoch zu folgen und diese mit „vorrangig planen“ einzustufen, kann nach dem geschilderten Sachverhalt nur als Irrtum verstanden werden.

Wir bitten Sie, diesen möglichst umgehend zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen
Die **ELF** Bürgerinitiativen

Liane Schneider
Sprecherin